

Solln

"Unbedingt erhaltenswert"

Drei Organisationen appellieren gemeinsam an die Evangelische Landeskirche, die Villa an der Linastraße 3a nicht abzureißen. Sie sei prägend für die Gegend, auch wenn sie nicht unter Denkmalschutz stehe

VON JÜRGEN WOLFRAM



Auch Anwohner protestieren wegen der alten Villa in München-Solln. Eigentümer ist die evangelisch-lutherische Kirche Bayerns, die das leerstehende Gebäude abreißen und Wohnungen bauen will. Foto: Claus Schunk

Solln - Das Bündnis Gartenstadt München, das Denkmalnetz Bayern und das Forum Lebenswertes München haben einen gemeinsamen Appell an die Führung der Evangelischen Landeskirche gerichtet, von einem Abbruch der Villa an der Linastraße 3a in Solln abzusehen. Besser wäre es, die Kirche würde sich zu einer "gesellschaftlichen Vorreiterin beim Bewahren von Kulturgütern zählen und eine verträgliche Stadtentwicklung vertreten", schreiben der Sprecher und die Sprecherinnen der drei Organisationen, Andreas Dorsch, Meike Gerchow und Gisela Krupski. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, einen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot zu leisten, hat die evangelische Kirche trotz anhaltender Proteste bisher an ihren Plänen festgehalten. Die 1923 erbaute Villa soll einem Mehrfamilienhaus weichen, von dem nicht zuletzt Mitarbeiter aus dem kirchlichen Umfeld profitierten.

Nach Ansicht der Absender des Aufrufs gehört das Anwesen Linastraße 3a, in dem ein halbes Jahrhundert lang der renommierte Theologe Trutz Rendtorff gelebt und gewirkt hat, zu einem "Bereich Sollner Villen, der ein Charakteristikum dieses wegen seiner herausgehobenen Architektur bedeutsamen Stadtteils" darstelle. Auch wenn die Rendtorff-Villa nie in die Denkmalliste aufgenommen worden ist, sei sie "aus städtebaulichen Gründen unbedingt erhaltenswert", heißt es im Schreiben an Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Regionalbischöfin Susanne Breit-Kessler und Oberkirchenrat Erich Theodor Barzen. Letzterer hat die Federführung bei der Neubauplanung.

Dorsch, Gerchow und Krupski erinnern auch an die geschichtliche Bedeutung der Villa in Solln. Professor Rendtorff sei eine "herausragende Persönlichkeit" der Stadt München und ihrer Universität gewesen, was man der Evangelischen Kirche wohl nicht näher erläutern müsse. Das Landesamt für Denkmalpflege hätte diesen Umstand längst "stärker würdigen" sollen. Hinzu komme der wertvolle Gartenbereich der Villa. Dessen Baumbestand sei für die Ökologie des Stadtteils von Bedeutung, gerade in Zeiten des

Artenschwunds und des Klimawandels. Die evangelische Kirche müsse sich des Eindrucks erwehren, sie unterscheide sich nicht von gewöhnlichen Immobilieninvestoren und nehme keine Rücksicht auf gewachsene Strukturen, meinen die drei Organisationssprecher. Selbst im Falle der Schaffung von günstigem Wohnraum sollte sie nicht versuchen, "ein Schutzgut zum Schaden mehrerer anderer Schutzgüter durchzusetzen".

Die Vorgänge um die Linastraße 3a hatten auch die Stadtratsfraktion der Bayernpartei auf den Plan gerufen. In einer Anfrage an die Stadtverwaltung wollte diese unter anderem wissen, wie das Planungsreferat den "möglichen Verlust" der Sollner Villa aus dem 1920er-Jahren für die Umgebung und das Stadtbild einschätzt. Stadtbaurätin Elisabeth Merk räumt in ihrer Antwort ein, dass das Verschwinden des Gebäudes "aus architektonischer Sicht sicher bedauerlich" wäre. Zugleich konstatiert sie, der betreffende Bebauungsplan lasse eine "maßvolle bauliche Erweiterung" oder Umbaumaßnahmen, mit denen die Schaffung von mehr Wohnraum verbunden wäre, grundsätzlich zu. Der Baum- und Gehölzbestand im südlichen Grundstücksbereich sei allerdings geschützt, im Falle der Beseitigung von erhaltenswerten Bäumen wären "spezifische Nachpflanzungen" zu fordern.

Genauere Angaben sind laut Stadtbaurätin Merk derzeit nicht möglich, weil detaillierte Informationen zu Art und Umfang der beabsichtigten Baumaßnahme fehlten. Die rechtliche Beurteilung der Pläne bliebe einem förmlichen Verfahren vorbehalten, ausgelöst durch einen Antrag auf Vorbescheid oder einen Bauantrag. Beides liege dem Planungsreferat bisher nicht vor, und auch Vorberatungen seien "nicht aktenkundig".

Süddeutsche Zeitung